

Von der Elbe an die Spree

Nach acht Jahren an der Spitze des DGB Hamburg verlässt Katja Karger die Stadt, um in Berlin/Brandenburg als Bezirksvorsitzende zu kandidieren

Katja, mit welchem Gefühl wirst du Hamburg verlassen?

Ich gehe mit schwerem Herzen, kein Frage. Ich habe total gerne in Hamburg gelebt und gearbeitet. Es war eine ausgesprochen spannende Zeit, in der ich wahnsinnig viel gelernt habe. Die Menschen in dieser Stadt haben mich mit offenen Armen empfangen und mir viele Türen geöffnet. Dafür bin ich sehr dankbar – ich werde viel vermissen.

Was hast du über die Stadt gelernt?

Als ich aus Berlin nach Hamburg kam, dachte ich, die beiden Städte seien gar nicht so unterschiedlich. Weit gefehlt. Hamburg ist sehr gut organisiert und eher zentralistisch regiert. Ich habe gelernt, dass die Hamburger_innen viel offener sind, als ihnen nachgesagt wird und sie unfassbar freundlich und höflich sind. Spannend war es zu verstehen, wie der Hafen funktioniert, dass in der Dienstleistungsstadt Hamburg das größte zusammenhängende Industriegebiet liegt

und dass hier die gesellschaftlichen Kontraste am stärksten sind. Arm und Reich prallen aufeinander, die soziale Spaltung ist viel sichtbarer als anderswo.

Was nimmst du aus deiner Arbeit als Vorsitzende vor allem mit?

Besonders die Erinnerung an die vielen Hamburgerinnen und Hamburger, die sich für ihre Stadt engagieren. An all die Beschäftigten und Betriebs- und Personalräte, die sich für die Belange ihrer Kolleginnen und Kollegen einsetzen. Es sind tolle Menschen, die in dieser Stadt arbeiten. Ich habe in den acht Jahren meiner Amtszeit eine Menge großer Themen erlebt: die Flüchtlingssituation 2015, den G20-Gipfel und jetzt die Corona Pandemie. Das sind herausfordernde, aber auch bewegende Momente für eine Gewerkschafterin. In solchen Situationen die Chance zu bekommen, gestalten zu können, mit dafür zu sorgen, dass es besser läuft, das ist schon eine große Ehre.

Gibt es spezielle Momente, die besonders in Erinnerung bleiben?

Toll waren die Gespräche, die ich mit vielen Betriebs- und Personalrät_innen für unseren Podcast Solidaritalk führen durfte. Dabei habe ich einiges über die Kolleg_innen gelernt: Über ihren Antrieb, ihre Träume und wie sie zu dem geworden sind, was sie heute sind. Das waren sehr schöne Begegnungen. Aber auch un-sere Ehrenamtskonferenz 2019 war eine Klasse Veranstaltung. All die Kolleg_innen zu erleben, die mit Herzblut ihre Ämter ausfüllen und mich mit ihnen zu unterhalten, hat mich sehr gefreut..

Gerade in der Corona-Zeit ist gewerkschaftliche Solidarität besonders gefragt. Was bedeutet Solidarität für dich?

Für einander einzustehen und Verantwortung zu übernehmen ist elementar wichtig in einer Gesellschaft, die immer häufiger von Eigeninteresse und Lieblosigkeit geprägt ist. In was für einer Welt wollen wir leben? In meiner Antwort spielt solidarisches Handeln, die Rücksicht auf die Schwächeren eine große Rolle. Mit Beginn der Corona-Pandemie war der Begriff Solidarität in aller Munde und wir müssen aufpassen, dass er nicht zur Hülle verkommt und von außen als Pflicht wahrgenommen wird. Echte Solidarität kommt von Herzen – oder gar nicht.

Unabhängig von Corona – welche politischen Projekte müssen aus deiner Sicht am ehesten ganz oben auf die Agenda der Gewerkschaften?

Klimaschutz, Energiewende,

Foto: DGB / Katja unterwegs auf einer Demonstration DGB HH



Auf dem Weg nach Brandenburg

Transformation – aber sozial. Die allermeisten haben inzwischen kapiert, dass wir unseren Planeten nur retten, wenn wir jetzt sehr viel und das sehr schnell tun. Auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeitsplätze. Aber das funktioniert nur, wenn Unsicherheiten, Ängste und persönliche Umbrüche gut und fair aufgefangen werden. Die Gefahren müssen klar benannt und Vorsorge getroffen werden. Die Chancen müssen deutlich werden und der Wille, alle Menschen auf

diesem Weg mitzunehmen. Da ist die Politik besonders gefragt, weil sie den Rahmen dafür stellen muss.

Ganz persönlich: Was wirst du für Bilder von Hamburg nach Berlin mitnehmen?

Die vielen Fahrten mit der Linie 62, die Eröffnung der Elphi, Konzerte im Hafen auf dem Gelände von Blohm&Voss. Ich erinnere mich des Windes und der Möwen, wie das Wasser der Alster plätschert und an den Ge-

ruch der Schiffe auf der Elbe. Aber auch an die vielen Besuche in den Betrieben und einem Containerschiff. Ich habe hier viel Solidarität erlebt, das wird bleiben. Danke an alle, die mit mir in den vergangenen Jahren diese Stadt bewegt haben.

Vielen Dank Katja und halt die Ohren steif.

Das gesamte Interview findet sich auf der Homepage der GEW Hamburg

„Beenden Sie die Berufsverbotepolitik endlich offiziell!“



**1972 – 2022: 50 Jahre Berufsverbote
Demokratische Grundrechte verteidigen!**

Der 28. Januar 2022 ist der 50. Jahrestag des „Radikalen-erlasses“. 1972 verabschiedete die Ministerpräsidenten der Länder unter dem Vorsitz von Willy Brandt diesen „Extremistenbeschluss“.

In seiner Folge wurden ca. 3,5 Millionen Bewerber:innen für den öffentlichen Dienst überprüft. Wer vom Verfassungsschutz als „Radikaler“ oder „Verfassungsfeind“ eingestuft wurde, wurde aus dem öffentlichen Dienst entfernt oder erst gar nicht eingestellt.

Bundesweit gab es 11.000 offizielle Berufsverbotsverfahren, allein 2200 Disziplinarverfahren, 1256 Ablehnungen von Bewerbern und 265 Entlassungen. Betroffen waren vor allem Kommunist:innen, andere Lin-

ke und Gewerkschafter:innen sowie Mitglieder von Friedensinitiativen bis hin zu SPD-nahen Studierendenorganisationen.

Die Berufsverbote stehen im Widerspruch zum allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz und den Kernnormen des internationalen Arbeitsrechts, wie die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) bereits 1987 feststellte. Auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte verurteilte 1995 die Berufsverbote und sah in ihnen einen Verstoß gegen die Artikel 10 und 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention

Das Aussprechen von Berufsverbotten hat die Berufsbiographien vieler Kolleg:innen in der GEW geprägt. Und auch heute

gibt es gelegentlich noch Fälle, bei denen junge Kolleg:innen unter Druck gesetzt werden, weil sie systemkritisch sind.

Deshalb bitte ich Euch, den bundesweiten Aufruf von Betroffenen des „Radikalen-erlasses“ durch Eure Unterschrift zu unterstützen.

Es ist an der Zeit,

- den „Radikalen-erlass“ generell und bundesweit offiziell aufzuheben,
- alle Betroffenen umfassend zu rehabilitieren und zu entschädigen,
- die Folgen der Berufsverbote und ihre Auswirkungen auf die demokratische Kultur wissenschaftlich aufzuarbeiten.

Eure Unterschrift könnt Ihr online unter www.berufsverbote.de leisten.